



# Aktuelle Informationen aus dem Parlament

## 39. Sitzung des NR am 26.9.2018

### **Aktuelle Stunde der SPÖ „Faire Arbeitswelt und soziale Sicherheit für alle!“**

Eine gerechte Arbeitswelt bedeutet, dass es einen fairen Arbeitsmarkt gibt, die vorhandene Arbeit auf mehr Menschen verteilt wird, dass nicht auf Kosten von Beschäftigten gespart wird, Arbeit nicht krankmacht, dass die Mitbestimmung von ArbeitnehmerInnen und Arbeitnehmern ausgebaut und nicht abgeschafft wird und, dass ArbeitnehmerInnen über ihre Gelder in der Sozialversicherung selbst bestimmen und nicht die Arbeitgeber.

Bundeskanzler Kurz und seine schwarz-blaue Regierung haben mit ihren bisherigen Beschlüssen das genaue Gegenteil gemacht und in Sachen Arbeitsmarkt die Lage für Arbeitssuchende massiv verschlechtert; Projekte und Budgets, die Menschen bei der Qualifizierung und Jobsuche helfen, wurden zusammengekürzt und gestrichen.

**Die Gewinner der bisherigen schwarz-blauen Regierungsarbeit sind die großen Konzerne. Die ÖVP hat zu einem beachtlichen Teil ihren Wahlkampf mit Geldern von Großspendern finanziert, die werden jetzt belohnt. Sie erhalten Steuerprivilegien und werden mit mehr Macht ausgestattet.**

### **Aktuelle Europastunde der FPÖ „Effektiver EU-Außengrenzschutz als Fundament eines geordneten Asylwesens“**

In dem vor kurzem beschlossenen SPÖ-Positionspapier zu Flucht, Asyl, Migration und Integration bekennt sich die SPÖ zu dem Grundsatz „Integration vor Zuzug“.

Eine detailliertere Information findet ihr in der beigelegten Kurzfassung des SPÖ-Positionspapiers: [https://spoe.at/sites/default/files/integration\\_vor\\_zuzug\\_ueberblick.pdf](https://spoe.at/sites/default/files/integration_vor_zuzug_ueberblick.pdf)

## TAGESORDNUNG

<p><b>1) Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (252 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch und die Strafprozeßordnung 1975 geändert werden (Strafrechtsänderungsgesetz 2018) (261 d.B.)</b></p>	<p><u>Inhalt:</u> Ziel der Vorlage ist die Umsetzung der Richtlinie Terrorismus im Hinblick auf eine effektive und effiziente Bekämpfung von Terrorismus.</p> <p><u>Abstimmung:</u> Dafür: V, F, dagegen: S, N, P</p>
--	---

<p><b>2) Bericht des Justizausschusses über den Antrag 110/A der Abgeordneten Dr. Alfred J. Noll, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Gleichbehandlung im Bereich des Bundes aus 1993 sowie das Bundesgesetz vom 23. Jänner 1974 über die mit gerichtlicher Strafe bedrohten Handlungen geändert werden (262 d.B.)</b></p>	<p><u>Inhalt:</u> Dieser Antrag der Liste Pilz wendet sich gegen „parteilich motivierte“ Postenbesetzungen. Dazu soll ein neuer Straftatbestand („Parteilich motivierte Diskriminierung“) eingeführt werden.</p> <p><u>Abstimmung:</u> Antrag, den ablehnenden Ausschussbericht zur Kenntnis zu nehmen: <b>angenommen</b></p> <p>Dafür: V, F, N, dagegen: S, P</p>
<p><b>3) Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (253 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das GmbH-Gesetz und die Notariatsordnung geändert werden (Elektronische Notariatsform-Gründungsgesetz – ENG) (263 d.B.)</b></p>	<p><u>Inhalt:</u> Dieses Vorhaben umfasst die Schaffung gesetzlicher Voraussetzungen für die Errichtung eines elektronischen Notariatsaktes unter Nutzung einer elektronischen Kommunikationsmöglichkeit. Weiters soll durch verschiedene gesetzliche Präzisierungen Umfang und Reichweite der notariellen Pflichten bei der Unterschriftenbeglaubigung eindeutig klargestellt werden.</p> <p><u>Botschaft:</u> Die SPÖ ist auch als Regierungspartei schon für modernere Formen der Unternehmensgründung eingetreten und sieht sich damit in ihrem Standpunkt bestätigt. Deshalb unterstützen wir dieses Vorhaben gerne.</p> <p><u>Abstimmung:</u> Dafür: V, S, F, N, dagegen: P</p>
<p><b>4) Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (254 d.B.): Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Spaltung von Genossenschaften (Genossenschaftsspaltungsgesetz – GenSpaltG) erlassen wird und mit dem das Genossenschaftsrevisionsgesetz 1997, das Genossenschaftsrevisionsrechtsänderungsgesetz 1997, das Gesetz über Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, das SCE-Gesetz, das Firmenbuchgesetz, das Rechtspflegergesetz, das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, das Umgründungssteuergesetz und das Bankwesengesetz geändert werden (264 d.B.)</b></p>	<p><u>Inhalt:</u> In den Erläuterungen zu dem vorliegenden Gesetz wird vorgebracht, dass im Unterschied zu Kapitalgesellschaften (GmbH, AG) Genossenschaften derzeit nicht die Möglichkeit hätten, eine Spaltung vorzunehmen, das heißt ihr Vermögen zur Gänze oder teilweise im Weg der Gesamtrechtsnachfolge auf neue oder bestehende Genossenschaften zu übertragen. Damit seien Genossenschaften gegenüber Kapitalgesellschaften benachteiligt. Mit dem vorliegenden Gesetz wird die Umgründungsform der Spaltung in Zukunft auch Genossenschaften offenstehen.</p> <p><u>Beurteilung:</u> Ursprünglich war im Entwurf nicht vorgesehen, dass gemeinnützige Bauvereinigungen von diesem Genossenschaftsspaltungsgesetz ausgenommen sind. Nunmehr ist durch eine Bestimmung im WGG klargestellt, dass auf gemeinnützige Bauvereinigungen das Genossenschaftsspaltungsgesetz nicht</p>

	<p>anzuwenden ist. Ebenso wurde im WGG klargestellt, dass ein Revisionsverband in Form eines Vereins nicht in eine Genossenschaft umgewandelt werden kann. Diese Forderungen der Gemeinnützigen wurden von der SPÖ unterstützt.</p> <p><u>Abstimmung:</u> Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -</p>
<p><b>5) Bericht des Justizausschusses über die Regierungsvorlage (113 d.B.): Erklärung der Republik Österreich über die Annahme der Beitritte Panamas, Uruguays, Kolumbiens und El Salvadors zum Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung (265 d.B.)</b></p>	<p><u>Inhalt:</u> Das Übereinkommen über die zivilrechtlichen Aspekte internationaler Kindesentführung ist positiv zu beurteilen. Jeder Schritt, der gegen Kindesentführungen unternommen wird, ist ein guter Schritt.</p> <p><u>Abstimmung:</u> Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -</p>
<p><b>6) Bericht des Budgetausschusses über den Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2017 (III-160/259 d.B.)</b></p>	<p><u>Inhalt:</u> Im Jahr 2017 hat sich der Maastricht-Saldo von 2016 (-1,6%) auf 2017 mit -0,7% des BIP deutlich verbessert, der öffentliche Schuldenstand reduzierte sich von 2016 (-83,6%) auf 78,4% im Jahr 2017, das strukturelle Defizit ging von - 0,9% im Jahr 2016 auf -0,5% im Jahr 2017 zurück. Die Steuereinnahmen sind um 3,3 Mrd. € gestiegen (v.a. Umsatzsteuer und Lohnsteuer je 1 Mrd. €).</p> <p><u>Beurteilung:</u> <i>Der BRA 2017 dokumentiert den Erfolg der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung: zwischen 2014 und 2017 sank das öffentliche Defizit um 6,5 Mrd. €, Hauptgrund ist, dass die Staatseinnahmen um 13,3 Mrd. € die Staatsausgaben aber nur um 6,8 Mrd. € gestiegen sind – und dies trotz einer 5 Mrd. € Steuerreform ab dem Jahr 2016..</i></p> <p><b>Nichts desto trotz spart Schwarzblau bei den Menschen und nicht im System. Die Erfolge sozialdemokratischer Budgetierung in der Krise und Budgetkonsolidierung in den letzten Jahren, werden von Schwarzblau nicht dazu genutzt Arbeitsplätze zu schaffen; es erfolgt ein Rückbau des Sozialstaates, die ÖVP/FPÖ-Regierung nimmt soziale Härten (Kürzungen im AMS Budget, Bildung) absichtlich in Kauf und kürzt bei der Infrastruktur.</b></p> <p><u>Abstimmung:</u> Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -</p>
<p><b>7) Bericht des Budgetausschusses über den Antrag 52/A(E) der Abgeordneten Kai Jan Krainer, Kolleginnen und Kollegen betreffend</b></p>	<p>Die wesentlichsten Themen einer Budget- und Steuerpolitik sind Ökologisierung, die ungleiche Verteilung von Vermögen und die gerechte</p>

<p><b>verteilungsgerechte Budgetpolitik (260 d.B.)</b></p>	<p>Verteilung der Steuerleistungen. Die schwarzblaue Regierungskoalition hat im Regierungsprogramm keine Vorstellungen für ein klimafreundliches Wachstum und eine Ökologisierung des Steuersystems entwickelt. Die ungleiche Verteilung von Vermögen und die daraus folgenden ökonomischen Probleme bleiben unbeantwortet.</p> <p>Wir wollen mehr Wohlstand für die Mittelschicht, statt Politik für Reiche und Konzerne.</p> <p><b>Mit der neuen schwarzblauen BReg zeichnet sich auch eine neoliberale Budget- und Steuerpolitik ab, die sich auf Steuergeschenke für einflussreiche Lobbys (Konzerne, Großgrundbesitzer, Hoteliers und Zinshauseigentümer) beschränkt. Dafür bezahlen sollen Arbeitslose, Notstandshilfeempfänger, Bezieher der Mindestsicherung und die breite Masse durch Leistungsreduktionen und/oder höhere Kosten im Sozialversicherungs- und Gesundheitsbereich, bei den Pensionen, oder in der Pflege. Die SPÖ ist die Partei der Mittelschicht und setzt sich für soziale Gerechtigkeit und eine gerechte Verteilung des Wohlstands ein.</b></p> <p>Abstimmung: Antrag, den ablehnenden Ausschussbericht zur Kenntnis zu nehmen: <b>angenommen</b></p> <p>Dafür: V, F, N, dagegen: S, P</p>
<p><b>8) Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Polizeiliche Großeinsätze - Reihe BUND 2018/20 (III-122/266 d.B.)</b></p>	<p>Der RH überprüfte von November 2016 bis Jänner 2017 im Bundesministerium für Inneres sowie bei den Landespolizeidirektionen (LPD) Salzburg, Tirol und Wien den Polizeieinsatz zur Sicherung von Großeinsätzen (Fußballspiele, Staatsbesuche, Demonstrationen). Insgesamt prüfte der RH 74 polizeiliche Großeinsätze in den Jahren 2013 bis 2016 in den 3 ausgewählten Bundesländern.</p> <p><u>Abstimmung:</u> Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -</p>
<p><b>9) Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Bundespräsidentenwahl 2016 (Verschiebung der Wiederholung des zweiten Wahlgangs) - Reihe BUND 2018/43 (III-179/267 d.B.)</b></p>	<p><u>Inhalt:</u> Dieser Bericht wurde am 18. September 2018 im RH-Ausschuss mit StS Edtstadler debattiert.</p> <p><b>➔ SIEHE BEREICH REDEN!</b></p>

	<p><u>Abstimmung:</u> Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -</p>
<p><b>10) Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Wohlfahrtsfonds des Bundesministeriums für Inneres - Reihe BUND 2018/11 (III-94/268 d.B.)</b></p>	<p>Der RH überprüfte von Juni bis August 2016 die Gebarung von folgenden Wohlfahrtsfonds des Bundesministeriums für Inneres:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- des Gendarmeriejubiläumsfonds,</li> <li>- des Wohlfahrtsfonds der Bundespolizei und</li> <li>- des Wohlfahrtsfonds für die Exekutive des Bundes.</li> </ul> <p><u>Abstimmung:</u> Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -</p>
<p><b>11) Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Bundeskriminalamt; Follow-up-Überprüfung - Reihe BUND 2018/6 (III-84/269 d.B.)</b></p>	<p>Das BMI bzw. das Bundeskriminalamt setzten von insgesamt 19 überprüften Empfehlungen drei vollständig, sieben teilweise und neun nicht um.</p> <p>Der RH kritisierte vor allem, dass für die Erfüllung der Kernaufgaben des BKA und seiner strategischen Schwerpunkte Internetbetrug und Finanzermittlungen zu wenig gut ausgebildetes Personal zur Verfügung steht. So war im Bereich Cyber-Crime fast ein Viertel der Planstellen nicht besetzt. Für Ermittlungen zur Wirtschaftskriminalität haben sich die Fehlbestände sogar verdoppelt. Auch jahrzehntelange Dienstzuteilungen (ohne Nachbesetzung im angestammten Bereich) wurden vom RH moniert.</p> <p>Von der SPÖ wurde der niedrige Frauenanteil im Polizeidienst und der Nachholbedarf bei der Vermögenssicherung als Unterstützung für die Staatsanwaltschaft sowie der Aufholbedarf bei der Cyber- und Wirtschaftskriminalität angesprochen.</p> <p><u>Abstimmung:</u> Dafür: V, S, F, N, P, dagegen: -</p>
<p><b>12) Bericht des Immunitätsausschusses über das Ersuchen der Zentralen Staatsanwaltschaft zur Verfolgung von Wirtschaftsstrafsachen und Korruption, GZ. 82 St 16/17x, um Zustimmung zur behördlichen Verfolgung der Abgeordneten zum Nationalrat Kira Grünberg (277 d.B.)</b></p>	<p><u>Inhalt:</u> Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft ermittelt auf Grund einer anonymen Anzeige gegen Kira Grünberg (ÖVP).</p> <p><u>Abstimmung:</u> mehrstimmig (dafür V, S, F, N, tlw. P)</p>
<p><b>13) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Alois Stöger, diplômé, Kolleginnen und Kol-</b></p>	<p>Mit diesem Gesetzesantrag soll in Österreich die Möglichkeit geschaffen werden, Verbandsklagen</p>

<p><b>legen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem ein Gesetz zur Einhaltung unternehmerischer Sozialverantwortung (Sozialverantwortungsgesetz - SZVG) erlassen wird (324/A)</b></p>	<p>auf Unterlassung des Verkaufs problematischer Produkte und auf Abschöpfung des Gewinnes gegen jene Konzerne zu führen, die sich Kinder und Zwangsarbeit bedienen. Nach dem vorliegenden Antrag werden Konzerne, die in Österreich Bekleidung vertreiben, verpflichtet darauf zu achten, dass es in ihren Produktions- und Lieferketten nicht zu einer Verletzung fundamentaler Arbeitsrechte (keine Kinderarbeit, keine Zwangs- und Pflichtarbeit zwei wesentliche ILO-Kernarbeitsnormen) kommt.</p> <p><u>Keine Abstimmung</u></p>
<p><b>14) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Stephanie Krisper, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesverfassungsgesetz, mit dem das Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) geändert wird sowie Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Geschäftsordnung des Nationalrates (Geschäftsordnungsgesetz 1975) geändert wird (167/A)</b></p>	<p>Das derzeit bestehende System der parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundesheeres sowie des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) ist verbesserungsfähig. Allein die ersten Ergebnisse des BVT-Untersuchungsausschusses zeigen, dass in Zukunft auch ein noch größeres Augenmerk auf die parlamentarische Kontrolle dieser Einrichtungen gelegt werden muss.</p> <p><u>Keine Abstimmung</u></p>
<p><b>15) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Michael Bernhard, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Geschäftsordnungsgesetz 1975 geändert wird (325/A)</b></p>	<p>Der vorliegende Antrag der NEOS sieht eine Ergänzung und Erweiterung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen und eine Verbesserung des Austausches zwischen Nationalrat und BürgerInnen vor.</p> <p><u>Keine Abstimmung</u></p>
<p><b>16) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. (FH) Martha Bißmann, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Straßenverkehrsordnung 1960 (StVO) geändert wird (333/A)</b></p>	<p>Der Antrag will das 10 km/h-Limit für Radfahrer und Radfahrerinnen auf unregulierten Überfahrten von Radwegen beseitigen.</p> <p><u>Keine Abstimmung</u></p>

## REDE

**Ad TO 9) Bericht des Rechnungshofausschusses über den Bericht des Rechnungshofes betreffend Bundespräsidentenwahl 2016 (Verschiebung der Wiederholung des zweiten Wahlgangs) - Reihe BUND 2018/43 (III-179/267 d.B.)**



19.51

**Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ):** Frau Präsidentin! Frau Präsidentin des Rechnungshofes! Frau Staatssekretärin! Der Rechnungshof erstellte – zu Recht wie ich meine – einen Bericht zur Verschiebung des zweiten Wahlganges der Bundespräsidentenwahl 2016 und stellte fest, dass es doch etliches an Verbesserungsmöglichkeiten gibt.

Ziel dieser Verbesserungsmaßnahmen kann meiner Meinung nach nur sein, dass das freie und geheime Wahlrecht für alle Wählerinnen und Wähler gewährleistet ist – auch was die Briefwahl betrifft. Für diese Gruppe ist das besonders wichtig. Des Weiteren ist ein geheimes und freies Wahlrecht ein wesentlicher Eckpfeiler unserer Demokratie und darf weder gegenwärtig noch zukünftig mit Füßen getreten werden. – Kolleginnen und Kollegen, darauf müssen wir achten!

Der Rechnungshof stellte aber auch zu Recht fest, dass eine wirksame Qualitätssicherung vonnöten ist. Ich möchte Sie, Frau Präsidentin, fragen: Ist diese wirksame Qualitätssicherung bei den nächsten Wahlgängen bereits gesichert? Auch stellte der Rechnungshof fest, dass es Schulungen für Wahlbeisitzer geben soll. Ich unterstütze das vollkommen und zu 100 Prozent. Diese Schulungen für Wahlbeisitzer sollen aber meiner Meinung nach verpflichtend sein. Wenn es sich um bundesweite Wahlen handelt, soll der Bund auch die Kosten dafür übernehmen.

Frau Staatssekretärin! Sie haben im Ausschuss gemeint, es ist eine Ehre, wenn man als Wahlbeisitzer tätig ist, und Sie haben uns auch darüber informiert, dass es laut Gebührenanspruchsgesetz eine Entschädigung von maximal 12,50 Euro pro Wahlbeisitzer gibt. Nun, was die Ehre betrifft, als Wahlbeisitzer tätig zu sein, stimme ich mit Ihnen vollkommen überein, aber die Gebührenleistung von maximal 12,50 Euro pro Beisitzer ist meiner Meinung nach ein Hohn. Für diese wichtige demokratiepolitische Arbeit hätten sich die Beisitzer eine höhere Entschädigung verdient, nicht dieses Körpergeld. Ich möchte daher anregen, dass das Gebührenanspruchsgesetz geändert wird und es einen zeitgemäßen Kostenersatz gibt.

Auch stellte – das möchte ich abschließend noch erwähnen – der Rechnungshof fest, dass durch die Verschiebung des zweiten Wahlganges der Bundespräsidentenwahl 2016 den Gemeinden zusätzliche Kosten von 800 000 bis 900 000 Euro entstanden sind. Aufgrund eines – ich möchte das so bezeichnen – Gentlemen's Agreement des Innenministeriums mit dem Druckereiunternehmen hat dieses Druckereiunternehmen als Entschädigung an das Innenministerium 500 000 Euro überwiesen. Diese 500 000 Euro sollten meiner Meinung nach den Kommunen, den Gemeinden erstattet werden müssen, denn, wie vorhin bereits gesagt, betragen die zusätzlichen Mehrkosten für die Nachwahl 800 000 bis 900 000 Euro. Frau Staatssekretärin, ich möchte Ihnen das als Denkanstoß mitgeben.

Abschließend fordere ich, das Wahlrecht insofern zu novellieren, als dass es bei bundesweiten Wahlen verpflichtend Schulungen für Wahlbeisitzer geben soll und die Kosten dafür vom Bund übernommen werden. Außerdem ist die Novellierung des Gebührenanspruchsgesetzes, auch was die Höhe des Kostenersatzes betrifft, ein Gebot der Stunde. Darin sehe ich einen wesentlichen Beitrag im Dienste der Demokratie. Die Demokratie ist eines der höchsten Güter, die wir haben und die wir zu verteidigen haben, Kolleginnen und Kollegen. *(Beifall bei der SPÖ.)*

19.55

## PRESSEMELDUNGEN

**28.9.2018**

**SP-NR PREINER: EU-Landwirtschaft: Der größte Fehler ist die ungerechtfertigte Förderung landwirtschaftlicher Großbetriebe**

**Kurskorrektur in der EU notwendig, um ein Höfesterben zu verhindern**



„Derzeit fließen jährlich 58 Milliarden aus dem EU-Budget in die Landwirtschaft, das sind 40 % des Gesamt-EU-Budgets. In der kommenden Finanzperiode 2021-27 plant die Kommission diesen Betrag auf 28,5 % zu reduzieren. Dabei sollen nicht nur die Direktzahlungen an die Bauern gekürzt werden, sondern vor allem auch die Mittel für die „Ländliche Entwicklung“. Vorgesehen ist eine Kürzung von über 10 %. Zahlungen, die in Österreich zahlreiche wichtige Projekte in den Bereichen Lebensmittelqualität, Herkunftskennzeichnung oder Klimaschutz finanzieren. Eine sofortige Kurskorrektur ist notwendig, um der kleinstrukturierten Landwirtschaft in Österreich mit durchschnittlichen Betriebsgrößen von 20 ha das Leben und Überleben zu sichern, regionale Lebensmittel zu fördern und für den Konsumenten leistbar auf den Markt zu bringen“, so SP-Agrarsprecher im Nationalrat, Erwin PREINER im Rückblick auf den EU-Agrarministerrat.

Das schwächt nachhaltig die Entwicklung des ländlichen Raumes und bedeutet auch eklatant weniger Geld für strukturschwächere ländliche Regionen in Österreich.

„Weg von >mehr Fläche, mehr Geld<, Kürzung oder Streichung der Fördergelder für Agrarfabriken, hin zu sicheren Lebensmitteln mit einwandfreier Herkunftskennzeichnung zu fairen Preisen. Nur das kann das Ziel sein. Die Zeit drängt, denn vor den EU-Wahlen soll der Finanzrahmen der GAP 2021-2027 fixiert werden“, so PREINER.

„Ich fordere Nachhaltigkeitsministerin Köstinger und Kanzler Kurz auf, die österreichischen Landwirte, die nachhaltig für Umwelt, Klimaschutz, Natur, Arbeitsplätze und Lebensmittel im wahrsten Sinn des Wortes wirtschaften, nicht zugunsten einiger Großkonzerne im Regen stehen zu lassen“, fordert PREINER.

„Ob die Idee, den Kampf gegen unlautere Geschäftspraktiken durch eine EU-Initiative, die anonyme Beschwerden kleiner Erzeuger und Kleinbauern bei einer Beschwerdestelle möglich machen soll, zielführend ist, wage ich jedoch heftigst zu bezweifeln“, so PREINER.

„Handeln im Sinne der Österreicherinnen und Österreicher, nicht nur kommentieren - auch in Zeiten der Ratspräsidentschaft – ist notwendig“, fordert SP-NR Erwin PREINER die dafür zuständige Ministerin Köstinger auf und spricht sich vehement gegen Kürzungen in der neuen Finanzperiode 2021-27 aus!



**26.9.2018**

**Volle Unterstützung der burgenländischen Abgeordneten Klaudia Friedl und Erwin Preiner für die künftige Parteichefin Pamela Rendi-Wagner!**

**25.9.2018**

**SP-NR Erwin PREINER: Landwirtschaft - das Burgenland geht den richtigen Weg!**

**Zweckgebundene Förderungen für Biolandwirtschaft - Geplante Kürzungen bei der Landwirtschaftskammer im Burgenland**



„Ich schließe mich voll und ganz den Worten unseres neuen Landesparteivorsitzenden Hans Peter Doskozil an. Auch bei mir hört sich der Spaß auf, wenn ein Kammerrat davon spricht, dass man nicht mehr Glyphosat sagen soll, sondern >Medikamente für Pflanzen<. Zweckgebundene Förderungen für Biolandwirtschaft machen Sinn und sind eine verantwortungsvolle Entscheidung für die Zukunft“, so SP-Mandatar und Bereichssprecher für Landwirtschaft und ländlichen Raum im Parlament, Erwin PREINER. Bio-Landwirtschaft auszubauen und verstärkt finanziell zu unterstützen, war und ist Ziel der SPÖ-Landwirtschaftspolitik!

Die Fördermittel für die Landwirtschaftskammer im Burgenland von derzeit 2,2 Millionen jährlich will Doskozil kürzen und eine Zweckwidmung für biologische Landwirtschaft einführen. Die Landwirtschaftskammer ist die einzige Kammer, die Unterstützung seitens des Landes Burgenland bekommt.

Gesunde Lebensmittel – im Einklang mit der Natur produziert und regional angeboten – sind ein wesentlicher und wichtiger Beitrag zu einer gesunden Ernährung und zum Klimaschutz.

Dass es ganz ohne Pestizide geht, beweisen bereits jetzt schon zahlreiche Bio-LandwirtInnen und glyphosatfreie Gemeinden. Viele Gemeinden im Burgenland - so auch Winden am See - sind im eigenen Wirkungsbereich bereits glyphosatfrei. Diese Gemeinden erhalten von der burgenländischen Umwelt-Landesrätin Mag.a Astrid Eisenkopf das Gütesiegel "Ökologische Gemeinde - glyphosatfreie Pflege der kommunalen Grünflächen". Das Land Burgenland verzichtet bereits seit 2014 auf den Einsatz von Glyphosat im Landesbereich.

„Im Bio-Landbau darf Glyphosat überhaupt nicht verwendet werden, viele Gemeinden verzichten bereits jetzt schon auf den Einsatz von Pestiziden“, so Preiner. „Das permanente Verharmlosen von gesundheitsschädlichen Auswirkungen ist ein ÖVP-Kniefall vor

internationalen Chemie- und Agrarkonzernen“, schließt SP-Agrarsprecher PREINER, der einen zügigen Ausbau der derzeit knapp 32 % Biolandwirtschaft im Burgenland bis hin zum kompletten Umstieg fordert.

**24.9.2018**

**SP-NR PREINER: Verrat an denen, die die Basis für hohe Qualität schaffen - Preise für Trauben und Wein im Gebinde weiter im Keller!**

**Bauernbund und Landwirtschaftskammer sehen tatenlos zu - Preisdumping auf dem Traubenmarkt bestraft diejenigen, die die Basis für Qualität und Gewinne legen, vor allem Nebenerwerbswinzer und kleine Direktvermarkter**



Die Weinlese des Jahres 2018 bringt hohe Qualität und hohe Quantität, wird zugleich aber ein Bumerang für manche Winzerbetriebe.

„Traubenpreise von 0,20 – 0,30 EUR pro Kilogramm sind ein Preisniveau, das die Kosten für die Produktion nicht annähernd decken kann. Der Handel verdient sich eine goldene Nase, die Preise für Trauben und Wein im Gebinde (0,30 EUR /Liter) zwingen kleine bäuerliche Betriebe und Nebenerwerbslandwirte immer mehr zum Aufgeben. Ist das die Strategie des Bauernbundes? Bauernbund und Landwirtschaftskammer sehen tatenlos zu, wie kleine bäuerliche Betriebe ausgehungert und damit zum Aufgeben gezwungen werden. Einige wenige Großbetriebe sollen gemäß türkiser Klientelpolitik den Weinmarkt dominieren“, so SP-Agrarsprecher im Nationalrat Erwin PREINER anlässlich der heurigen Weinlese.

Dass gerade kleine Familienbetriebe und Nebenerwerbslandwirte oftmals die Basis für hohe Qualität schaffen, mit Dumpingpreisen abgespeist und für ihre wertvolle und kostenintensive Arbeit bestraft werden und auch noch AMA-Marketingbeiträge leisten müssen, kann und darf nicht sein“, so PREINER.

„Ich fordere die Befreiung der Traubenverkäufer und Verkäufer von Wein im Gebinde vom AMA-Marketingbeitrag und appelliere mit Nachdruck an den Handel, faire Preise zu bezahlen!“, fordert PREINER.